

*Sessionsvorschau - Medienmitteilung vom 14. Dezember 2009*

## **FDP will Haushaltsstrategie statt Aktivismus**

Die FDP-Fraktion setzte sich im Vorfeld der letzten Kantonsratssession dieses Jahres intensiv mit dem regierungsrätlichen Voranschlag 2010 auseinander. Nach Ansicht der FDP erfolgt – wie in der Finanzplanung der Regierung ersichtlich ist – der geplante Abbau des Eigenkapitals viel zu schnell. Daher seien Sparmassnahmen angesagt, findet die FDP-Fraktion. Mit punktuellen Kürzungen einzelner Budgetposten lassen sich hingegen kaum wirkungsvolle Effekte erzielen. Die FDP setzt daher auf eine Gesamtschau und eine ausgewogene Verzichtsplanung, welche die Regierung im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 in Aussicht stellt. Ein Voranschlag sollte aus einem Guss und die einzelnen Budgetposten müssen aufeinander abgestimmt sein. Geplante Kürzungen müssten daher echte Einsparungen bringen und nicht einfach Ausgabenverschiebungen zu Lasten anderer Gemeinwesen, der Wirtschaft oder gar der Bürgerinnen und Bürger sein. Insbesondere dürfen Kürzungen auch nicht einer nötigen Innovation entgegenstehen und mögliche Mehreinnahmen verhindern. Dies wäre klar gegen die Grundsätze und Strategie der FDP. So beurteilt die FDP-Fraktion die von einer Mehrheit der Staatswirtschaftskommission (Stawiko) vorgeschlagenen Kürzungen eher skeptisch, mitunter zu kleinlich und gesamthaft wenig wirkungsvoll. Die FDP setzt auf eine Gesamtbetrachtung im Rahmen einer neuen Haushaltsstrategie, wo der Gesetzgebung über den Verzicht verschiedener Leistungen des Staates diskutiert werden muss. Nur so lassen sich langfristig und effektiv Einsparungen machen.

### **WOV-Globalbudgets überzeugen nicht**

Die Leistungsaufträge und Globalbudgets 2010 der wirtschaftsorientierter Verwaltungs-Ämter (WOV) vermögen von ihrer Darstellung her noch nicht zu überzeugen. Die Aufträge und die Indikatoren sind noch zu wenig aussagekräftig. Sie sollten die Tätigkeiten der Ämter künftig klarer umschreiben und Ziele verbindlicher formulieren, damit ihre Arbeitsweise angemessen kontrolliert und beurteilt werden kann. Hier fordert die FDP-Fraktion für die nächste Vorlage noch Einiges an Klärung und Verbesserung. Heute soll aber ein Globalbudget nicht allein aus formellen Erwägungen sondern nur in ausgewiesenen, in der Sache

begründeten Fällen abgelehnt werden. Eine solche Ablehnung empfiehlt die FDP beim Amt für Umweltschutz und beim Amt für Natur, Jagd und Fischerei. Diese Ämter werden in der Bevölkerung und in der Wirtschaft oft als hindernd und zuwenig unterstützend wahrgenommen. Hier müssen Änderungen in der Unternehmensphilosophie, der Führung und der praktischen Handlungsweise diskutiert und umgesetzt werden. Solche sind auch im Rahmen der geltenden Gesetze durchaus möglich, wie die Praxis anderer Kantone zeigt. Eine Ablehnung der vorgeschlagenen Leistungsaufträge kann für ein solches, gefordertes Umdenken den nötigen Anlass geben. Ungerechtfertigt ist aber eine Ablehnung eines Globalbudgets dann, wenn dieses eine vom Kantonsrat festgelegte Strategie umsetzt, wie dies bei der Polizei der Fall ist. Der Kantonsrat hat das Anheben des Personalbestandes in Rücksicht auf den Auftrag der Polizei und die beurteilten Gesamtumstände eingehend diskutiert und beschlossen. Es besteht heute keinen nachvollziehbaren Anlass, diesen Entscheid nicht auszuführen und das diesbezügliche Globalbudget abzulehnen. Insbesondere wäre eine solche Ablehnung einen Widerspruch gegenüber dem aktuellen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.

### **Keine Ablehnung aus Zwängelei**

Der Kantonsrat hatte im Oktober die Übernahme der Mehrkosten des Bahnhofes Biberbrugg abgelehnt, da die Vorgehensweise sowohl der Südostbahn wie auch des kantonalen Baudepartements nicht akzeptabel war. Dabei stand nicht der Endausbau des Bahnhofes an sich zur Debatte. Vielmehr störte sich die FDP an der unseriösen Vorbereitung dieser Vorlage. Die damalige Ablehnung zeigt jetzt Wirkung. Sowohl die SOB als auch das Baudepartement haben ihre Lehren gezogen und konkrete Verbesserungsvorschläge in ihrem künftigen Vorgehen vorgelegt. Inhaltlich bleibt es beim vorgesehenen Endausbau des Bahnhof Biberbrugg, der für die Tourismusregion Einsiedeln/Ybrig wie auch für alle Benutzer der Bahn absolut sinnvoll ist. Es wäre nun einfach falsch, dieses wichtige Projekt aus formeller Zwängelei abzulehnen. Die FDP-Fraktion unterstützt eine nachhaltige Entwicklung der Region Einsiedeln/Ybrig und damit auch den Endausbau des Bahnhofes Biberbrugg. Hinzu kommt, dass es nicht die Konkordatspartner unnötig zu brüskieren gilt, welche ihren Anteil der Finanzen für die Verbesserung in unserem Kanton Schwyz bereits gesprochen haben.